

N i e d e r s c h r i f t

**der 31. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
28.03.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Markplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:05 Uhr bis 18:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	anwesend bis 16:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herrn Gernot Topper	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS	anwesend bis 16:30 Uhr
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS	anwesend ab 14:45 Uhr
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Frau Heidrun Tannenber	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	anwesend ab 14:10 Uhr
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	anwesend ab 14:10 Uhr
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wollenweber	FDP	
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	
Frau Sabine Wolf	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBurger	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.	anwesend ab 14:30 Uhr
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBurger	

Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend ab 14:15 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Egbert Geier	BG	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	

Entschuldigt fehlen:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS	
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Herrn Dirk Neubauer	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Thomas Willecke	Verw	Vertreten durch Herrn Schreyer vom RA

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Dr. Bernhardt gab ein Statement gegen die Erhöhung der Hundesteuer.

Frau Gellert fragte bezüglich des Briefes der Oberbürgermeisterin an die Freien Träger der Jugendhilfe, wie es mit der offenen Jugendarbeit bzw. Jugendhilfeplanung weitergeht.

Frau Bürgermeisterin Szabados äußerte, dass das Schreiben notwendig gewesen sei, weil Frau Oberbürgermeisterin Häußler sich persönlich verantwortlich zeichne für Gelder, die sie ausgibt, aber die sie nicht hat, solange es keinen bestätigten Haushalt für die Stadt gibt. In der offenen Jugendarbeit gibt es eine gute Zusammenarbeit mit freien Trägern, welche auch die Lebensqualität der Stadt ausmache. Zurzeit sei die Stadt in der vorläufigen Haushaltsführung und das Haushaltsrecht des Landes Sachsen-Anhalt lasse nur eine Finanzierung der Pflichtaufgaben zu. Deshalb sei es unerlässlich, alle bisherigen Zuwendungen auf Pflicht- oder freiwillige Aufgaben zu überprüfen. Die Stadt werde ihren Pflichtaufgaben nachkommen und die gültigen Verträge und Bewilligungsbescheide, die pflichtige Aufgabenerfüllung beinhalten, erfüllen. Darüber hinaus muss über eine Liquiditätshilfe den Vereinen auch Unterstützung gegeben werden, damit sie nicht in Insolvenz gehen. Dies erfordere eine entsprechende Prüfung. Das Innenministerium des Landes prüft gegenwärtig, durch einen Erlass per Gesetz den Städten die Möglichkeit zu geben, freier zu agieren, damit das kommunale Leben nicht lahm gelegt wird. Hierdurch werden sich für die Stadt Halle mehr Freiräume ergeben.

Frau David fragte, wie es nach der Streichung der Fördermittel im Seniorenbereich der Begegnungsstätte „Dornröschen“ weitergeht?

Frau Bürgermeisterin Szabados betonte, dass die stadtteilbezogene Seniorenarbeit sehr wichtig ist und es nicht darum ginge, den Senioren die Möglichkeit der Begegnung zu nehmen. Sie werde den Senioren die zahlreichen finanziellen Mittel auflisten, welche in die generationsübergreifende Begegnungsstätte von der Stadt einfließen. Dabei ginge es darum, dieses Geld effektiv einzusetzen. Sie sagte einen Besuch der Begegnungsstätte zu.

Herr Fiedler, Christian fragte, welche Möglichkeiten es von Seiten der Stadt gibt, um den Leitern der Begegnungsstätten je nach Erfordernis die Gelegenheit zu geben, Mittel umzuschichten.

Frau Bürgermeisterin Szabados wies auf die unterschiedlichen Förderrichtlinien für die verschiedenen Bereiche hin. Es sei aber erklärtes Ziel, eine gemeinsame Förderrichtlinie anzugehen.

Frau Klopff fragte, warum die Mittel für die öffentliche Jugendarbeit „Waldorf“ gekürzt werden sollen. Bei Kürzung würde dies auf die Stadt in Form von Kriminalität oder Drogenabhängigkeit bzw. Politikverdrossenheit zurückfallen. Bei Nichterfüllung der rechtskräftigen Bescheide würden Liquiditätsprobleme entstehen, wovon auch die Pflichtaufgaben betroffen seien. Dann müsste vor dem Verwaltungsgericht auf Erfüllung der Bescheide gegen die Stadt geklagt werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu, inwieweit der vorliegende Bewilligungsbescheid rechtswirksam sei bzw. es sich um pflichtige Aufgaben handele. Sie bat, Liquiditätsprobleme bei der Stadt anzuzeigen, damit nach pflichtgemäßem Ermessen Abschlagszahlungen gezahlt werden können.

Herr Philipp bezog sich auf einen Brief an die Beschäftigten der Stadtverwaltung, wo eine zukünftige Arbeitszeit von 33 Stunden aufgeführt war. Er fragte, auf was die Kürzung der Arbeitszeit basiere. Weiterhin fragte er, mit welcher Stundenzahl die Mitarbeiter/innen der Verwaltung, die Altersteilzeit beantragt haben, rechnen können. Er bat, in der nicht öffentlichen Vorlage zur Personalbedarfsplanung zu berücksichtigen, dass dies keine Grundlage für Altersteilzeitverträge sein kann.

Frau Bürgermeisterin Szabados äußerte, dass die Bürgerfragestunde nicht dazu genutzt werden sollte, Angelegenheiten zwischen dem Arbeitgeber Stadt und der Arbeitnehmerschaft zu regeln. Aus diesem Grunde werde sie heute nichts dazu sagen. Es werden aber intensive Gespräche mit der Personalvertretung geführt, damit spätestens zu den Tarifverhandlungen am Ende des Jahres Klarheit besteht.

Frau Lämmerhirt übergab Frau Bürgermeisterin Szabados eine Unterschriftensammlung gegen die geplante Hundesteuererhöhung. Sie bat, über die geplante Erhöhung nachzudenken. Sie denke, dass die Tierheime, Tiere, die aus finanzieller Not abgegeben werden, aufnehmen müssen. Die Finanzen müssten umgelegt werden, um letztendlich die Tiere im Tierheim zu finanzieren.

Herr Andreas gab ein Statement über gute Mitarbeiter der Stadt bzw. Stadträte, wie z. B. Herr Bönisch und Herrn Doege ab.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 31. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Herr Bartl teilte mit, dass die Anträge der Überprüfungen der drei nachgerückten **Stadträt/innen, Herr Wolter, Frau Stark und Dr. Fuchs** keine Hinweise auf hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeiten im Staatssicherheitsdienst ergeben haben.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 43 Mitglieder des Stadtrates (75,44 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass folgende **zwei Dringlichkeitsanträge** vorliegen:

- **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Halleschen Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG)**
Vorlage: IV/2007/06385

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, begründete die Dringlichkeit des Antrages. Mit Ausscheiden von Frau Dr. Harting aus dem Stadtrat wurde gleichzeitig die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der HAVAG beendet. In Abstimmung mit der BeteiligungsManagementAnstalt wird sie neu benannt, weil es kein Mitwirkungsverbot für sie gibt, da sich lediglich nur ihre Bestellung als Stadtrat änderte.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die TO:

mit mehr als Zweidrittelmehrheit einstimmig z u g e s t i m m t

Herr Bartl schlug vor, den Dringlichkeitsantrag unter TOP 7.19 zu behandeln.

- **Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS zur Rücknahme des Schreibens der Oberbürgermeisterin an alle Vereine und Verbände der Stadt Halle (Saale) mit kommunalen Zuschüssen vom 20. März 2007**
Vorlage: IV/2007/06390

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, sagte, dass sich die Begründung durch das Vorgetragene in der Bürgerfragestunde erledigt habe.

Gäbe es aber haushaltsrechtlich Gründe, die Auszahlung durch die Stadtverwaltung zu stoppen, dann frage er sich, warum dies in der vorläufigen Haushaltsführung in den vergangenen Jahren nicht geschehen sei. Der Stadt sei es gelungen, ein politisches Zeichen zu setzen. Trotzdem gäbe es rechtliche Bedenken gegen den Vorschlag der Stadtverwaltung. Ohne Beschluss der zuständigen Gremien könne die Stadtverwaltung aus bestehenden Verträgen und Bescheiden nicht austreten.

Die Aussage „vorerst“ keine Zuschüsse im II. Quartal auszus zahlen, impliziere die Möglichkeit aus dem „vorerst“ ein „dauerhaft“ zu machen.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sagte, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne, weil der Brief der Oberbürgermeisterin als Anlage nicht beiliegt.

Herr Dr. Meerheim sagte eine Nachreichung des Briefes zu.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, äußerte, dass seine Fraktion dem Ansinnen der PDS zustimme, fragte aber, ob hier nicht das Mitwirkungsverbot für einige Stadträtinnen und Stadträte greife. Er bat um eine Stellungnahme des Rechtsamtes.

Herr Koehn, Fraktion der SPD, sprach sich gegen die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages aus, weil bereits in der Bürgersprechstunde durch **Frau Bürgermeisterin Szabados** dargestellt wurde, auf welcher Grundlage das Schreiben der Oberbürgermeisterin beruht.

Herr Weiland bemerkte, dass über die Dringlichkeit des Antrages gesprochen werde. Er unterstütze aber das Ansinnen von Herrn Bönisch, die Frage der Betroffenheit und des Mitwirkungsverbot zu prüfen. Seiner Meinung nach sei der Antrag rechtswidrig.

Herr Bönisch bemerkte, dass Frau Oberbürgermeisterin Häußler nicht rechtzeitig den Haushalt zur Beschlussfassung eingebracht habe und sich die Stadt in der vorläufigen Haushaltsführung befinde und somit die Verwaltung sagt, was getan wird. Die Meinung der Verwaltung könne der Rat an sich ziehen und eine Entscheidung treffen. Aus diesem Grunde schloss er sich der Meinung von Herrn Dr. Meerheim an, den Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Krause, Fraktion der SPD, unterstrich ebenfalls die Rechtswidrigkeit des Antrages, da bei den freiwilligen Leistungen in der vorläufigen Haushaltsführung die alleinige Verantwortung bei der Oberbürgermeisterin liege. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Frau Bürgermeisterin Szabados schlug vor, unter dem TOP Mitteilungen die Diskussion auf die Tagesordnung zu nehmen. Rechtswidrig sehe sie die Dringlichkeit des Antrages nicht.

Herr Dr. Meerheim hielt den Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion aufrecht.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme des Dringlichkeitsantrages auf die TO:

**mit weniger als Zweidrittelmehrheit
a b g e l e h n t
mit 26 Ja-Stimmen**

Herr Bartl teilte mit, dass:

zum TOP 5.1 eine Ergänzung zur Anfrage des Rechnungsprüfungsausschusses,
zum TOP 5.3 eine Änderung der Steuersätze und
zum TOP 5.5 eine Ergänzung zum Finanzierungsplan vorliegt.
Zum TOP 5.6 wurden Anlagen ausgetauscht bzw. nachgereicht.

Der TOP 6.1 **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/05997**

liegt in modifizierter Form vor, da der Änderungsantrag von der Verwaltung übernommen wurde.

Weiterhin sagte **Herr Bartl**, dass **Herr Bönisch** unter dem **TOP 8** eine **Mitteilung** machen wird.

Herr Bönisch stellte den Antrag, den nicht öffentlichen

**TOP 3.1 Personalbedarfsplanung 2006 bis 2015
Vorlage: IV/2006/006209**

im öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, begründete die Nichtöffentlichkeit der Vorlage. Es ginge hier um Personalangelegenheiten und in der Vorlage stehen Stellennummern, aus denen der Stelleninhaber abgeleitet werden könnte. Aus datenschutzrechtlicher Sicht könne der Tagesordnungspunkt nicht öffentlich behandelt werden.

Herr Bönisch könne dies nicht nachvollziehen, da unter den Tagesordnungspunkten 7.1 bis 7.7 im öffentlichen Teil Personalangelegenheiten behandelt werden. Er bat um Abstimmung zur Behandlung des Tagesordnungspunktes im öffentlichen Teil.

Herr Geier stellte klar, dass es in den TOP 7.1 bis 7.7 um Stadträt/innen geht, die in Funktionen gewählt werden sollen bzw. es sich um Privatpersonen handelt, die bereit sind, in diese Funktionen gewählt zu werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados unterstrich, dass dieser Tagesordnungspunkt aus rechtlichen Gründen öffentlich nicht behandelt werden könne.

Abstimmung zur geänderten Tagesordnung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

Einwohnerfragestunde

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.02.2007**
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

5. **Vorlagen**
 - 5.1. **Jahresrechnung 2005 und Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin**
Vorlage: IV/2007/06312
 - 5.2. **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung/Änderung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates sowie Regelung der Nachtragsinformation an den Vergabeausschuss**
Vorlage: IV/2007/06253
 - 5.3. **Satzung zur zweiten Änderung der Hundesteuersatzung**
Vorlage: IV/2007/06326
 - 5.4. **Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2007**
Vorlage: IV/2006/06096
 - 5.5. **Nahverkehrsplan ab 2007**
Vorlage: IV/2006/05942
 - 5.6. **Fortschreibung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages**
Vorlage: IV/2006/06099
6. **Wiedervorlage**
 - 6.1. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/05997
 - 6.1.1 **Änderungsantrag der Linkspartei. PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2006/06023
 - 6.2. **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion Die Linkspartei. PDS zur Namensgebung der Volkshochschule**
Vorlage: IV/2006/06152
7. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
 - 7.1. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Umsetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Hauptausschuss**
Vorlage: IV/2007/06335
 - 7.2. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Umsetzung eines Mitgliedes der Fraktion im Rechnungsprüfungsausschuss**
Vorlage: IV/2007/06336
 - 7.3. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den Bildungsausschuss**
Vorlage: IV/2007/06342
 - 7.4. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG)**
Vorlage: IV/2007/06339

- 7.5. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Berufung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH (SWH)
Vorlage: IV/2007/06341**
- 7.6. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität - zur Bestellung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV)
Vorlage: IV/2007/06344**
- 7.7. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität - zur Entsendung eines Vertreters in den Aufsichtsrat der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2007/06346**
- 7.8. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE+ WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifftafeln an Straßenschildern
Vorlage: IV/2007/06359**
- 7.9. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifftafeln an historischen Gebäuden
Vorlage: IV/2007/06360**
- 7.10. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Umspannwerk der EVH am Hallmarkt
Vorlage: IV/2007/06343**
- 7.11. Antrag der CDU-Fraktion zur Überführung des Konservatoriums in eine andere Rechtsform
Vorlage: IV/2007/06347**
- 7.12. Antrag der CDU-Fraktion zur Vorlage des Haushaltes 2007 Einzelplan 2 Schulen
Vorlage: IV/2007/06355**
- 7.13. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Vorlage der Eckwerte des Haushaltes 2008
Vorlage: IV/2007/06353**
- 7.14. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschaffung von Fahrzeugen für den städtischen Fuhrpark
Vorlage: IV/2007/06351**
- 7.15. Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Unterstützung der Aktion "Sozialer Tag 2007"
Vorlage: IV/2007/06352**
- 7.16. Antrag des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Errichtung einer Fahrradcrossstrecke
Vorlage: IV/2007/06358**
- 7.17. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zu Erfahrungen in der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II zur Grundsicherung für Arbeitssuchende
Vorlage: IV/2007/06334**

- 7.18. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Einführung von freier Software als haushaltskonsolidierender Beitrag
Vorlage: IV/2007/06363**
- 7.19. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Halleschen Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG)
Vorlage: IV/2007/06385**
- 8. Anfragen von Stadträten**
- 8.1. Anfrage der Stadträtin Heidrun Tannenberg und des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS - zur Bleiberechtsregelung
Vorlage: IV/2007/06287**
- 8.2. Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion bezüglich des fehlenden Registers in der zweibändigen Ausgabe "Geschichte der Stadt Halle" (mdv, 2006) anlässlich des 1200-Jährigen Stadtjubiläums
Vorlage: IV/2007/06356**
- 8.3. Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen und der Bereitstellung von gefördertem Wohnraum
Vorlage: IV/2007/06337**
- 8.4. Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zu Veranstaltungen in der Stadt Halle (Saale) im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft
Vorlage: IV/2007/06348**
- 8.5. Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur Ausgabenstruktur der Leistungen nach dem Halle-Pass
Vorlage: IV/2007/06338**
- 8.6. Anfrage des Stadtrates Thomas Godenrath - CDU - zu den Hundesteuereinnahmen im Jahr 2006
Vorlage: IV/2007/06340**
- 8.7. Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der PPP-Projekte der Schulen und Kitas der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06354**
- 8.8. Anfrage des Stadtrates Gernot Töpfer - CDU - zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes / Stadtumbaugebiete
Vorlage: IV/2007/06357**
- 8.9. Anfrage des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zu Unfallschwerpunkten im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06350**
- 9. mündliche Anfragen von Stadträten**
- 10. Mitteilungen**
- 10.1. Information zum Arbeitsmarktprogramm 2007 der ARGE SGB II Halle GmbH**
- 11. Anträge auf Akteneinsicht**

**zu 5.2 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung/Änderung der
Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates sowie
Regelung der Nachtragsinformation an den Vergabeausschuss
Vorlage: IV/2007/06253**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

**einstimmig z u g e s t i m m t
mit 46 Ja-Stimmen**

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt zur Klarstellung und Ergänzung folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung:**

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)

Aufgrund der §§ 6, 7 und 44 Abs. 3 Nr. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) (GVBl. LSA 1993, S. 568), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 16.11.2006 (GVBl. LSA 2006, S. 522) beschließt der Stadtrat zur Klarstellung und Ergänzung die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung vom 15.12.2004, geändert durch Änderungssatzung vom 31.08.2005.

- I. In § 6 Abs. 1 Ziff. 5 werden nach „Vergabe von Bauleistungen (VOB)“ die Worte „und Nachträgen“ eingefügt.**
 - II. In § 6 Abs. 5 Ziff. 1 werden nach „Vergaben städtischer Aufträge“ die Worte „sowie Nachträge“ eingefügt.**
 - III. Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.**
- 2. Die Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wird in I. Beschließende Ausschüsse im Sinne § 47 Abs. 1 GO LSA Ziffer 3 Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL und HOAI im Abschnitt Entscheidungsbefugnisse Ziff. 1 wie folgt ergänzt:**
- Nach den Worten „Vergaben städtischer Aufträge“ werden die Worte „sowie Nachträge“ eingefügt.**
- 3. Der Vergabeausschuss wird regelmäßig mindestens vierteljährlich über die Realisierung der vergebenen Aufträge (inkl. der Nachträge) informiert.**
-

zu 5.3 **Satzung zur zweiten Änderung der Hundesteuersatzung** Vorlage: IV/2007/06326

Herr Misch, Fraktion der CDU, sagte, dass seine Fraktion der Erhöhung der Hundesteuer zustimmen werde, weil sie als angemessen betrachtet wird. **Trotzdem bat er im § 9 Abs. 3 den zweiten Satz:** „Hunde, die außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes des Hundehalters ohne gültige Hundemarke unbeaufsichtigt angetroffen werden, können durch Beauftragte eingefangen werden.“ **zu streichen**, da dieser in die Gefahrenabwehr-verordnung gehöre.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass die Verwaltung die Modifizierung des Textes übernehme.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, stellte fest, dass durch den Finanzausschuss die Erhöhung der Steuer für den zweiten Hund und jeden weiteren sowie für gefährliche Hunde nochmals erhöht wurde. Aus diesem Grunde werde er der Satzung nicht zustimmen.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, verwies auf die Antwort seiner Anfrage unter TOP 8.6. In der Antwort werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie jeder auch wenn er nicht so leistungsfähig sei, seinen Hund behalten könne.

Herr Dr. Heinrich, Fraktion der CDU und Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, fragten, was eigentlich die Stadt dazu rechtfertige, respektive welche Sonderleistungen die Stadt bringe, dass für gefährliche Hunde die Steuer höher ist und was gefährliche Hunde definiere. Die Definierung sollte in einer erneuten Änderung aufgegriffen werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados erläuterte, dass im § 3 Abs. 3 und 4 der Satzung, die Definition für gefährliche Hunde aufgeführt sei, sie sagte eine erneute Prüfung der Definition zu.

Herr Misch verwies auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 19.01.2000, wo dargelegt wurde, dass die Hundesteuer eine Lenkungsfunktion zur Eindämmung der Haltung von Hunden ausüben soll.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss (in modifizierter Form/Text):

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur zweiten Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer, sowie über die Ausgabe und Verwendung von Hundesteuermarken im Bereich der Stadt Halle (Saale).

zu 5.4 Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2007
Vorlage: IV/2006/06096

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2007 wird bestätigt.

zu 5.5 Nahverkehrsplan ab 2007
Vorlage: IV/2006/05942

Herr Dr. Heinrich, Fraktion der CDU, fragte in Verbindung mit dem TOP 5.6, was die Strecke nach Bad Dürrenberg der Stadt kostet und ob diese Strecke aus Geldern, die im TOP 5.6 enthalten sind, subventioniert wird.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, dass die Kosten für die Strecke nach Bad Dürrenberg im Moment einen Zuschuss von 1 Mio. Euro/pro Jahr betragen.

Herr Heft, Die Linkspartei. PDS, fragte nach dem Nutzen des Betriebes dieser Strecke für Halle. Hier werden Gemeinden und Städte im Saalekreis bedient, welche unstrittig auch von dem Erhalt der Linie 5 und auch der Linie 15 profitieren.

Herr Dr. Pohlack verwies auf die ausgiebige Diskussion im Ausschuss für Planungsangelegenheiten. An dieser Streckenführung wurden in der zurückliegenden Zeit erhebliche Investitionen getätigt, so dass die Frage einer Veränderung zurzeit nicht ansteht.

Herr Dr. Heinrich betonte, dass dann der Vertragsgegenstand im Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag verändert werden müsse. Dieser stehe nur für das Stadtgebiet Halle.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, fragte, ob dies eine Anregung oder ein Antrag sei.

Herr Dr. Pohlack bat, die Diskussion in den nicht öffentlichen Teil zu verlegen, da es um betriebswirtschaftliche Hintergründe ginge.

Herr Bartl teilte mit, dass die Frage des **Herrn Dr. Heinrich** im nicht öffentlichen Teil beantwortet werde.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, ob mit dem heutigen Beschluss die Verlängerung der Straßenbahn nach Büschdorf beschlossen werde.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass die Verlängerung nach Büschdorf eine planerische Zielstellung sei. In der Diskussion im Ausschuss für Planungsangelegenheiten wurde bereits gesagt, dass die Grundsatz- und Baubeschlüsse derzeit vorbereitet werden. Die Konzeption für die Verlängerung wurde vorgestellt sowie über die Kosten gesprochen.

Frau Bürgermeisterin Szabados verwies in diesem Zusammenhang auf den Punkt 1, wo stehe: „*Dem Nahverkehrsplan der Stadt Halle ab 2007 wird im Grundsatz zugestimmt*“. Dies sei kein Dogma und sich ergebende Änderungen seien begründet vorzutragen. Zu jedem Grundsatz könne es auch Ausnahmen geben.

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, klärte auf, wenn im Grundsatz zugestimmt werde, bedeute dies, dass es Dinge gibt, denen nicht zugestimmt werde.

Herr Dr. Heinrich beantragte, die TOP 5.5 und 5.6 in den nicht öffentlichen Teil zu verschieben, da noch viele betriebswirtschaftliche Hintergründe offen seien.

Frau Bürgermeisterin Szabados wies darauf hin, dass diese Vorlage bereits in den unterschiedlichsten Ausschüssen behandelt wurde. Auch seien Vertreter der Fraktionen im Aufsichtsrat der HAVAG, wo notwendige betriebswirtschaftliche Hintergründe beleuchtet worden sind. Solche komplexen Beschlüsse könnten nicht in aller Einzelheit hier im Stadtrat diskutiert werden.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, betonte, dass die Aufsichtsräte in den Fraktion nichts sagen dürfen.

Frau Bürgermeisterin Szabados erwiderte, sie haben von den Ausschüssen gesprochen.

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, stellten den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Bartl bat um Abstimmung des GO-Antrages auf Abbruch der Debatte.

**Abstimmungsergebnis zum
Abbruch der Debatte:**

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Herr Bartl bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis zu TOP 5.5:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Dem Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2007 wird im Grundsatz zugestimmt.**
- 2. Die Verwendung der finanziellen Mittel aus dem ÖPNVG-LSA, § 8 (3) wird entsprechend Anlage 3 für das Jahr 2007 bestätigt.**
- 3. Der Vergabeausschuss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wird in die Vorbereitung der Entscheidungsfindung bei einer Vergabe der Verkehrsleistungen im Genehmigungswettbewerb nach § 13 PBefG auf dem Stadtgebiet von Halle (Saale) einbezogen.**

zu 5.6 Fortschreibung des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages Vorlage: IV/2006/06099

Herr Heft, Fraktion Die Linkspartei. PDS, verwies auf einen Mangel in der Anlage 1. Bereits im Ausschuss für Planungsangelegenheiten regte er an, die Anlage 1 betreffend Qualitätsstandards und Malusregelung anzupassen. Eine Malusregelung sollte 90 bzw. 95 % beinhalten, um Anreize zu belassen.

So wie sie heute vorliege, werden die nicht erfüllten Qualitätsstandards mit mehr als 130 % bestraft. Er verwies auf die Punkte 4 und 5, Bedienungsqualität des Straßenbahn- und Stadtbusnetzes, wo bei Nichterfüllung einer dieser Punkte, der Verkehrsbetrieb keine Zuwendung mehr erhalte. Damit habe er keine Anreize mehr, alle anderen Qualitätsstandards zu erfüllen.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, bestätigte, dass im Ausschuss für Planungsangelegenheiten beschlossen wurde, dass in der Summe nicht mehr als 100 % herauskommen können. Im Einzelfall könne aber trotzdem eine höhere Sanktion möglich sein. Der Kern dieser Regelung ist mit der Geschäftsführung der HAVAG abgestimmt. Insofern gäbe es für die Stadt keinen Grund, hinter der Sanktionsregelung zurückzubleiben.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, wies auf das Mitwirkungsverbot der Stadträte hin. Auch könne er das Ansinnen von **Herrn Heft** nicht verstehen, was er mit der Verwaltung ausgemacht habe, da ihm dazu nichts vorliege.

Herr Heft betonte, er habe mit der Stadtverwaltung nichts ausgemacht sondern, wie im Protokoll vom Ausschuss für Planungsangelegenheiten stehe, angeregt.

Herr Dr. Köck, Fraktion Die Linkspartei. PDS, schlug vor: „Eine Obergrenze von maximal 100 %“ im Text einzufügen.

Herr Dr. Eigenfeld, Fraktion der SPD, sagte, die Prozentregelung im Text so zu belassen, da es im Reiserecht bzw. im Mietrecht auch solche Regelungen gibt.

Herr Dr. Pohlack antwortete, dass zum Zwecke der Klarstellung dies im Text eingefügt werden könne, obwohl es sich mathematisch logisch schon ergeben würde.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, beantragte eine **A u s z e i t** von 5 Minuten.

Beginn der **A u s z e i t**: 15:36 Uhr
Ende der **A u s z e i t**: 15:41 Uhr

Herr Sänger, Fraktion der CDU, forderte die Verwaltung auf, noch vor der Fusionierung intensive Gespräche mit dem Saalekreis, Merseburg und Bad Dürrenberg betreffend Linie 5 bzw. des Busverkehrs zu führen.

Weiterhin bat er die Verwaltung zu prüfen, inwieweit Mitglieder von Aufsichtsräten an der Diskussion teilnehmen können.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bestätigte das Mitwirkungsverbot von Aufsichtsräten.

Herr Heft, Fraktion Die Linkspartei. PDS, erläuterte, dass das Mitwirkungsverbot sich laut Gemeindeordnung darauf beziehe, dass ein Stadtrat gegebenenfalls einen Vor- oder Nachteil von der Mitwirkung habe. Sofern dies für die Aufsichtsräte in den kommunalen

Unternehmen bejaht werde, bat er darzustellen, welche Vorteile die Aufsichtsräte in kommunalen Unternehmen bei der Mitwirkung genießen.

Herr Krause, Fraktion der SPD, fügte hinzu, dass das Mitwirkungsrecht klar definiert sei. Die Grenzen müssten im Gremium aufgezeigt werden, damit sich daran gehalten werden könne. Er bat um eine schriftliche Definition durch die Verwaltung.

Frau Bürgermeisterin Szabados nahm die Anregung von **Herrn Sänger, Herrn Krause** und **Herrn Heft** auf, um eine nochmalige Darstellung des Mitwirkungsverbotes zu prüfen bzw. eine juristische Wertung vornehmen zu lassen. Sie werde eine Information an die Fraktionen und im Stadtrat geben.

Herr Misch, Fraktion der CDU, fragte, was passiere, wenn sich durch die Prüfung der Verwaltung ergebe, dass ein Stadtrat hätte nicht mitwirken können. Dann wäre der heute gefasste Beschluss rechtswidrig. Die Verwaltung solle deshalb schon im Vorfeld prüfen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, verwies auf die bereits vorhandenen Prüfungen und Stellungnahmen des Rechtsamtes. Im Finanzausschuss werde bereits danach verfahren. Hier werden die Stadträte, die in Aufsichtsräten von kommunalen Unternehmen sitzen von Beschlüssen ausgeschlossen, wenn es um die Feststellung von Jahresabschlüssen geht. Er bat um den Abschluss der Diskussion und zur Rückkehr der Tagesordnung.

Frau Wolff, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, wie es bei den Vereinen sei, bei denen sie im Vorstand ist.

Frau Bürgermeisterin Szabados äußerte, bezogen auf die Hinweise von **Herrn Sänger**, das sie das Mitwirkungsverbot noch einmal klar darstellen werde.

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, unterstrich die Worte von Frau Szabados und bat um Abstimmung. Der Beschluss sei nicht rechtswidrig, wenn ein Stadtrat rechtswidrig mitgewirkt habe. Der Beschluss könne dann nur mit Begründung angefochten werden.

Herr Dr. Köck machte den Vorschlag, in der Anlage 1, Punkt 1, Verkehrsbedienungsvertrag, folgenden Satz anzuführen: *„Werden mehrere Qualitätsstandards nicht erfüllt, so summieren sich die Sanktionen bis zu einer Höhe von Maximal 90 Prozent des Zuschusses von 3 Mio. Euro.“*

Herr Dr. Pohlack stellte klar, das es sich bei dem sanktionierungsfähigen Betrag um 3 Mio. Euro handelt. Die anderen Zuschüsse seien davon nicht betroffen. Es wurde ausgehandelt, dass bei einzelnen Verfehlungen in die Prozente gegangen werden könnte, die in der Summe, wenn alle drei Faktoren gleichzeitig versagen, über 100 % ergeben. Es stehen maximal 3 Mio. Euro gleich 100 % zur Verfügung. Inhaltlich wurde ausgehandelt, wenn es ausreichend Gründe gibt, dass maximal 100 % sanktioniert werden können. Dies ist im Verhandlungsergebnis Konsens gewesen und die Empfehlung laute nicht, dahinter zurück zu bleiben.

Für die Strecke nach Bad Dürrenberg gibt es einen ungedeckten Zuschussbedarf von 1 Mio. Euro. Da die Strecke mit erheblichen Fördermitteln gebaut wurde, könne sie nicht eingestellt werden. Die Stadt würde hier in eine Rückzahlungspflicht kommen. Nach den Wahlen im neuen Landkreis wird über die Zuschussfrage neu verhandelt werden müssen. Dabei wird es neben der Straßenbahnstrecke auch um die Buslinien gehen.

Frau Bürgermeisterin Szabados verdeutlichte, wenn die Klarstellung des **Herrn Dr. Pohlack** ins Protokoll aufgenommen werde, könne auf den Antrag von **Herrn Dr. Köck** verzichtet werden.

Herrn Dr. Köck zog damit seinen Änderungsantrag zurück.

Herr Felke, Fraktion der SPD, betonte, dass im § 3 Abs. 2 das dargestellt wurde, was hier besprochen wurde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des in der Anlage beigefügten Entwurfes, mit der HAVAG einen Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag abzuschließen.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Linkspartei. PDS-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - MitBürger zur Radverkehrsförderung in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2006/06023**

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE.- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN- MitBürger wird im 1. Punkt wie folgt geändert :

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den Bereich der stadtteilverbindenden Fahrradrouen eine Übersicht über die notwendigen Investitionsmaßnahmen zuzüglich laufender Instandsetzungskosten zur Gewährleistung von sicheren verkehrlichen Bedingungen für den täglichen Radverkehr zu erstellen. In einer solchen Übersicht sollen die zu realisierenden Maßnahmen prioritär gewichtet und Kostenschätzungen einschließlich der zur Verfügung stehenden Fördermittel angegeben werden.

Abstimmungsergebnis: als erledigt erklärt, wurde von der Verwaltung übernommen

**zu 6.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion Die Linkspartei.
PDS zur Namensgebung der Volkshochschule
Vorlage: IV/2006/06152**

Herr Dr. Schmidt, Fraktion der SPD, bat, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Namensgebung der

Volkshochschule in *Volkshochschule Adolf Reichwein*

zu Beginn des Herbstsemesters 2007 und beauftragt die Verwaltung, die organisatorischen und sächlichen Veränderungen vorzunehmen.

**zu 7.3 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) -
zur Berufung einer sachkundigen Einwohnerin in den
Bildungsausschuss
Vorlage: IV/2007/06342**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Als sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss scheidet Frau Maike Fischer aus.

Frau Katharina Rommel wird als sachkundige Einwohnerin in den Bildungsausschuss berufen.

**zu 7.4 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) -
zur Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Hallesche
Wohnungsgesellschaft mbH (HWG)
Vorlage: IV/2007/06339**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, der Gesellschafterversammlung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) Herrn Dr. Bodo Meerheim zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.

**zu 7.5 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Berufung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH (SWH)
Vorlage: IV/2007/06341**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH (SWH) Herrn Dr. Uwe-Volkmar Köck zur Berufung in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.

**zu 7.6 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität - zur Bestellung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV)
Vorlage: IV/2007/06344**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, der Gesellschafterversammlung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH (VVV) Herrn Gerry Kley gemäß § 8 Absatz 7 des Gesellschaftsvertrages für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Herrn Friedemann Scholze zur Bestellung in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.

**zu 7.7 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität
- zur Entsendung eines Vertreters in den Aufsichtsrat der
Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: IV/2007/06346**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Die Stadt Halle (Saale) entsendet Herrn Dr. Wilfried Fuchs gemäß § 10 Absatz 7 des Gesellschaftsvertrages für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Herrn Friedemann Scholze in den Aufsichtsrat der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau.**
 - 2. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, der Geschäftsführung der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau die Entsendung von Herrn Dr. Wilfried Fuchs in den Aufsichtsrat gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages schriftlich anzuzeigen.**
-

**zu 7.8 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG
Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifttafeln an Straßenschildern
Vorlage: IV/2007/06359**

Herr Dr. Fuchs, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, machte Ausführungen zum Antrag seiner Fraktion. Die Stadt stimme in der Stellungnahme dem Antrag vom Grundsatz her zu, jedoch handele es sich um die Übernahme freiwilliger Aufgaben. Er gehe davon aus, dass die Verwaltung Straßennamen nennt, die in den nächsten Jahren mit einem Zusatzschild versehen werden sollen. Da es viele Bürger gibt, die das Zusatzschild stiften möchten, habe die Stadt die Aufgabe der Vorbereitung, der Veröffentlichung sowie des Verkaufes.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bat, da es noch offene Fragen gibt, den Antrag in den Kulturausschuss und in den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu verweisen.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, wies darauf hin, den TOP 7.9 ebenfalls in die genannten Ausschüsse zu verweisen. Weiterhin bat sie um Erläuterung, was *verbindliche Entscheidungen* betreffe. Sie bat, die Anträge zur Prioritätenliste für die Namensbenennung von Schulen und Straßen bzw. die Überprüfung von Straßennamen, die in zweifelhafter Biografie in der Öffentlichkeit dargestellt worden sind, in der Diskussion mit zu berücksichtigen. An **Herrn Dr. Fuchs** gewandt sagte sie, dass aus dem Jahr 2003 ein Antrag der CDU-Fraktion vorliegt, der ebenfalls die informative Beschilderung von Straßennamen beinhaltet.

Frau Tannenberg, Fraktion Die Linkspartei. PDS, gab den Hinweis, dass es ehrenamtliche Forschungen auf dem Gebiet der Namensforschung, besonders für Frauen, gibt.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, bedauerte, dass dieser Antrag in die Ausschüsse verwiesen werden soll.

Frau Bürgermeisterin Szabados äußerte, dass es eine Abstimmung innerhalb der Verwaltung mit der Stadtmarketinggesellschaft zur Übernahme der Aufgabe und zur konkreten Verfahrensweise geben wird, um die Angelegenheit nicht weiter zu verschieben. Sobald verbindliche Entscheidungen zur Finanzierung vorliegen, werde der Antrag nach der Diskussion in den Ausschüssen dem Rat wieder vorgelegt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dass an Straßen, die für die Stadtgeschichte Halles und darüber hinaus wichtige Persönlichkeiten ehren, Zusatzschilder angebracht werden. Diese sollten prägnante Lebensdaten enthalten und die Verdienste der Geehrten nennen.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger in den

- **Kulturausschuss und in den**
- **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

v e r w i e s e n.

**zu 7.9 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG
Volkssolidarität - zu erklärenden Schrifttafeln an historischen
Gebäuden
Vorlage: IV/2007/06360**

Wortmeldungen siehe TOP 7.8.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, an Gebäuden, die für die Stadt Halle historisch bedeutend sind, erklärende Schrifttafeln anzubringen.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger in den

- **Kulturausschuss und in den**
- **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

v e r w i e s e n.

zu 7.10 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Umspannwerk der EVH am Hallmarkt
Vorlage: IV/2007/06343

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, betrachtete im Namen seiner Fraktion den Antrag als erledigt, weil der Stellungnahme der Verwaltung und der EVH gefolgt werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, als Gesellschaftervertreterin bei der EVH Einfluss zu nehmen auf den Umgang mit den Gebäuden zwischen Marktkirche und Hallmarkt. Einem eventuellen Verkauf sollte erst nach Abstimmung des Konzeptes des Käufers mit dem Planungsausschuss zugestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

e r l e d i g t

zu 7.11 Antrag der CDU-Fraktion zur Überführung des Konservatoriums in eine andere Rechtsform
Vorlage: IV/2007/06347

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, sah den Antrag ihrer Fraktion als hinreichend begründet. Aus aktuellem Anlass verwies sie auf den TOP 3.1, Personalbedarfsplanung, im nicht öffentlichen Teil, wo fast 20 Stellen von Musikschullehrern zum Transferpersonal erklärt wurden.

Herr Krause, Fraktion der SPD, sagte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Das Fachkonzept für das Konservatorium sei fertig, wurde aber aus Zeitgründen von der Tagesordnung im Lenkungsausschuss genommen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, einen Vorschlag zur Überführung des Konservatoriums in eine andere Rechtsform zu erarbeiten und diesen im September 2007 dem Kultur- und dem Finanzausschuss vorzulegen.

**zu 7.12 Antrag der CDU-Fraktion zur Vorlage des Haushaltes 2007 Einzelplan
2 Schulen
Vorlage: IV/2007/06355**

Herr Bönisch und Herr Dr. Bauersfeld, Fraktion der CDU, fragten nach der Darstellung der Daten zu den einzelnen Schulen. Diese sollte dem Bildungsausschuss zur Verfügung gestellt werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados äußerte, sie werde sich mit **Herrn Dr. Marquardt** in Verbindung setzen, damit dem Bildungsausschuss die Daten übergeben werden können.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Bildungsausschuss ab der Vorlage des Haushaltes 2007 für den Einzelplan 2 Schulen, die Unterabschnitte 2110 Grundschulen, 2120 Sekundarschulen und 2300 Gymnasien entsprechend detailliert aufgeschlüsselt für die einzelnen Schulen vorzulegen. Die gleiche Aufschlüsselung erfolgt ab der Jahresrechnung 2005.

**zu 7.13 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Vorlage der Eckwerte des Haushaltes 2008
Vorlage: IV/2007/06353**

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bat im Namen seiner Fraktion um Zustimmung zum Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens Juni 2007 die Eckwerte des Haushaltes 2008 vorzustellen und diese den Fachausschüssen zur Beratung vorzulegen. Ziel ist eine Festlegung des Finanzrahmens für Bereichsbudgets als verbindliche Vorgabe für die Aufstellung der Einzelhaushalte durch die Fachverwaltungen und die beteiligten Fachausschüsse. In den kommenden Haushaltsjahren ist ebenso zu verfahren.

**zu 7.14 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschaffung von Fahrzeugen für den städtischen Fuhrpark
Vorlage: IV/2007/06351**

Herr Wehrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, äußerte sich positiv über die Stellungnahme der Verwaltung, wies aber darauf hin, dass der Hinweis auf die „Euronorm 4“ nichts mit dem Ausstoß von CO₂ - Ausstoß zu tun habe.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, sprach sich dagegen aus, dass in den Ausschüssen entschieden werden soll, welche Autos die Stadt fährt. Das sei reines Verwaltungshandeln.

Herr Prof. Schuh, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, forderte die Stadtverwaltung auf, auf die CO₂-Emission bei der Anschaffung von Fahrzeugen zu achten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

**Die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe der Stadt Halle (Saale) werden beauftragt, zukünftig nur noch PKW für den allgemeinen Dienstbetrieb anzuschaffen, deren CO₂-Ausstoß nicht höher liegt als 130g CO₂/km.
Über Ausnahmen entscheiden der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungen bzw. die Eigenbetriebsausschüsse.**

zu 7.15 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Unterstützung der Aktion "Sozialer Tag 2007"
Vorlage: IV/2007/06352

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) über die Aktion „Sozialer Tag 2007“ am 19. Juni 2007 zu informieren.

zu 7.16 Antrag des Stadtrates Tom Wolter - MitBürger - zur Errichtung einer Fahrradcrossstrecke
Vorlage: IV/2007/06358

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion zur konkreteren Beratung in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den Sportausschuss.

Herr Kupke, Fraktion der CDU, sprach ebenfalls die ungenügende Beantwortung des Antrages durch die Verwaltung an.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der Errichtung einer Mountainbike- und BMX-Cross-Strecke im Gebiet Straße der Einheit (Gemarkung Seeben, Flur 2, Flurstück 28/1) zuzustimmen und einen entsprechenden Herstellungs- und Betreibungsvertrag mit dem Verein „Fahrradcrossstrecke i. G.“ bis zum Mai 2007 abzuschließen. In dem Vertrag ist die Stadt Halle (Saale) von allen anfallenden Kosten freizustellen.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger in den

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten und in den**
- Sportausschuss**

v e r w i e s e n.

**zu 7.17 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zu Erfahrungen in der Umsetzung des Sozialgesetzbuches II zur Grundsicherung für Arbeitssuchende
Vorlage: IV/2007/06334**

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, fragte, ob der Inhalt des Antrages mit den Aufgaben eines Stadtrates in Einklang zu bringen sei.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, äußerte, dass es sich rechtlich bei dem Antrag um den gleichen handelt, wie bei der EVH. Hier sollen über die Gesellschafterrolle der Stadt Erkenntnisse für den Rat eingeholt werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados sah in dem Antrag ein legitimes Interesse des Rates, über den Ablauf in der ARGE informiert zu werden. Die Stadt sei Träger nach SGB II und somit in einer gemeinsamen Verantwortung mit der Agentur für Arbeit; nicht in der unmittelbaren Umsetzungsverantwortung, aber in der Gewährleistungsverantwortung. Aus diesem Grunde werde sie den Bericht abgeben.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fragte nach den Jahresabschlüssen der ARGE SGB II GmbH, welche in der Verwaltung zurzeit im Umlauf seien und der genaueren Terminkette hierzu.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass die ARGE als GmbH einen Jahresabschluss machen muss, obwohl sie keinen eigenen Haushalt bzw. einen „0-Haushalt“ hat.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in ihrer Eigenschaft als Gesellschafterin der ARGE SGB II Halle GmbH einen Bericht zu Schwerpunkten der Eingliederung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger einzufordern und dem Stadtrat bis 30.06.2007 zur Kenntnis zu geben.

Dabei soll auf folgende Zielfragen und Schwerpunkte eingegangen werden:

- 1. Bericht zu den Eckwerten der Arbeit 2006 (Bedarfsgemeinschaften, verausgabte Mittel, Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Erfüllung der Zielvorgaben des Bundes und der Stadt).**
- 2. Welche speziellen sozialstrukturellen Teilzielgruppen mit besonderen Entwicklungschancen und/oder Entwicklungshemmnissen sind festzustellen?**
- 3. Welche speziellen Projekte können hier angeboten werden? Welche Teilzielgruppen stehen im Mittelpunkt des Arbeitsmarktprogramms?**
- 4. In welcher quantitativen Größenordnung kommen die Instrumente des § 16 (2) SGB zum Einsatz? Wie wird deren Wirkung zur Erzielung von Integrationsfortschritten eingeschätzt?**
- 5. Wie wird die Wirksamkeit der Arbeitsgelegenheiten evaluiert und eingeschätzt (Zahl der Abbrecher, anschließende Vermittlung)? Kann durch eine leistungsdifferenziertere Aufwandsentschädigung über 1 € pro Stunde hinaus**

dieses Instrument noch wirkungsvoller zur Erzielung von Integrationsfortschritten genutzt werden?

6. Welche neuen inhaltlichen Schwerpunkte werden in Folge der besseren Kenntnis der sozialstrukturellen Eigenschaften und/oder Vermittlungshemmnisse der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in der Arbeitsmarktpolitik 2007 und 2008 gesetzt?
-

**zu 7.18 Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - Einführung von freier Software als haushaltskonsolidierender Beitrag
Vorlage: IV/2007/06363**

Frau Wolff, NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften und in den Hauptausschuss, da ein Teil der Argumentation der Stadt nicht nachvollziehbar sei.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, brachte zum Ausdruck, dass sich die Verwaltung mit dem Antrag beschäftigt habe. Er stimme aber der Verweisung in die Ausschüsse zu.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

1. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, OpenOffice.org - als Äquivalent zu Microsoft Office – einzuführen.*
 2. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Einsatz weiterer freier Software zu prüfen, mit dem Ziel, Kosten für Anschaffung und Lizenzen zu senken.*
-

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE in den

- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften und in den
- Hauptausschuss

verwiesen.

**zu 7.19 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Halleschen Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG)
Vorlage: IV/2007/06385**

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte nach der Begrenzung der Mitarbeit für Stadträte und Nichtstadträte im Aufsichtsrat laut Satzung der HAVAG nach § 10.

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, zitierte aus dem §10 Abs. 7 der Satzung der HAVAG für Stadträte: „*Scheidet ein Aufsichtsrat, der als Mitglied des Stadtrates oder der Stadtverwaltung entsandt oder gewählt wurde, vorzeitig als Stadtrat aus dem Stadtrat oder der Stadtverwaltung aus, so endet sein Amt mit der Zugehörigkeit zum Stadtrat oder zur Stadtverwaltung Halle. Einer Abberufung durch die Hauptversammlung bedarf es nicht.*“

Für Nichtstadträte sei ihm die Regelung nicht bekannt. Aber im § 10, Abs. 2, stehe, *dass die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrates mit dem auf den Beginn der Amtszeit folgenden Ablauf der Wahlperiode des Stadtrates endet.*

Im § 10 Abs. 7 stehe die spezielle Begrenzung für Mitglieder des Stadtrates.

Frau Bürgermeisterin Szabados bestätigte, dass mit der Legislaturperiode des Stadtrates das Mandat speziell für Frau Dr. Haerting in der HAVAG enden würde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, der Hauptversammlung der Halleschen Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) Frau Dr. Gesine Haerting zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat alle Fraktionsvorsitzenden in der Pause zu einer kurzen Beratung zu sich.

P A U S E von 16:40 Uhr bis 17:10 Uhr

zu 8 Anfragen von Stadträten

zu 8.1 Anfrage der Stadträtin Heidrun Tannenberg und des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS - zur Bleiberechtsregelung Vorlage: IV/2007/06287

Wir fragen die Stadtverwaltung:

- 1. Welche Auswirkungen hat der Innenministerkonferenzbeschluss vom 17.11.2006 auf die in Halle (Saale) lebenden Ausländerinnen und Ausländer?**
- 2. Wie viele geduldete Ausländerinnen und Ausländer erfüllen die Voraussetzungen des Beschlusses zur Bleiberechtsregelung vom 17.11.2006, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten?**
- 3. Ist ab dem 01.10.2007 mit verstärkter Abschiebung für diejenigen geduldeten Ausländerinnen und Ausländer zu rechnen, die nicht die Voraussetzungen des Beschlusses zur Bleiberechtsregelung vom 17.11.2006 erfüllen?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Den ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern, die die Voraussetzungen der Anordnung des Ministeriums des Innern Sachsen-Anhalt vom 08. Dezember 2006 – 42.21-12231-83.3.7 -, die in Umsetzung des Beschlusses der Innenministerkonferenz gemäß § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) getroffen wurde, erfüllen, werden grundsätzlich Aufenthaltserlaubnisse befristet für die Dauer von zwei Jahren erteilt.

Soweit Sozialleistungen in Anspruch genommen werden und Ausnahmen von dem Grundsatz der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts nach Maßgabe des Abschnitts I Nr. 2.2 zugelassen werden können, kann die Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr erteilt werden.

Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis setzt das Fortbestehen der Voraussetzungen für die Erteilung voraus.

Soweit die Voraussetzungen der Anordnung bis auf die Sicherung des Lebensunterhalts für den in Rede stehenden Personenkreis vorliegen, ist bei Antragstellung innerhalb der Ausschlussfrist (bis 18. Mai 2007) die Abschiebung nach § 60a Absatz 1 in Verbindung mit § 23 Absatz 1 AufenthG bis zum 30. September 2007 auszusetzen. Den Betroffenen ist eine bis zum 30. September 2007 befristete Duldung zu erteilen, um ihnen Gelegenheit zur Arbeitsplatzsuche zu geben.

Legen die vorbezeichneten Duldungsinhaber ein verbindliches Arbeitsangebot vor, das den Lebensunterhalt (einschließlich der Familie) durch eigene legale Erwerbstätigkeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen sichert und ist danach zu erwarten, dass er auch in Zukunft gesichert ist, erhalten sie eine auf zunächst sechs Monate befristete Aufenthaltserlaubnis.

Hinsichtlich der einzelnen Voraussetzungen sowie der Ausschlussstatbestände wird auf die in einfacher Fotokopie angefügte Anordnung vom 08. Dezember 2006 in der Fassung der Berichtigung vom 24. Januar 2007 verwiesen.

zu 2.

Es ist der Verwaltung nicht bekannt, wie viele geduldete Ausländerinnen und Ausländer die Voraussetzungen der Anordnung des Ministeriums des Innern Sachsen-Anhalt vom 08. Dezember 2006 in der Fassung der Berichtigung vom 24. Januar 2007 erfüllen, da eine diesbezügliche Erfassung nicht erfolgt und auch anhand der bei der Ausländerbehörde geführten Verwaltungsunterlagen nicht ermittelt werden können.

Es sei jedoch angemerkt, dass 131 Ausländerinnen und Ausländer einen Antrag auf Erteilung im Zeitraum vom 20. November 2006 bis zum 28. Februar 2007 gestellt haben.

Bis zum Stichtag (28. Februar 2007) wurden 2 Anträge abgelehnt und 3 Duldungen zum Zwecke der Arbeitsplatzsuche erteilt.

zu 3.

Nach Abschnitt II Nr. 2 des Beschlusses muss u.a. „der Aufenthalt von Ausländern, die nach dieser Regelung keine Aufenthaltserlaubnis erhalten können, konsequent beendet werden“.

Gleichwohl gibt es über die bereits in § 58 AufenthG gesetzlich normierte Pflicht der Ausländerbehörde zur Abschiebung von vollziehbar Ausreisepflichtigen, deren freiwillige Erfüllung ihrer Ausreisepflicht nicht gesichert ist, hinaus keine weiteren Regelungen, die eine verstärkte Abschiebung beinhalten.

Mit einer verstärkten Abschiebung des in Rede stehenden Personenkreises ist daher nicht zu rechnen.

Eberhard Doege
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion bezüglich des fehlenden Registers in der zweibändigen Ausgabe "Geschichte der Stadt Halle" (mdv, 2006) anlässlich des 1200-Jährigen Stadtjubiläums
Vorlage: IV/2007/06356**

Die zweibändige Stadtgeschichte („Geschichte der Stadt Halle“, mdv, 2006) wurde zum Abschluss des Jubiläumsjahres 2006 auf den Markt gebracht. Die Stadt Halle (Saale) hat mit einem nicht unbeträchtlichen Geldbetrag die Verwirklichung dieses wissenschaftlichen Werkes befördert. Derartige Publikationen verfügen in aller Regel über ein Register (Orts-, Personen-, Schlagwortregister); die „Geschichte der Stadt Halle“ nicht. Ein Register dient der Erschließung eines wissenschaftlichen Werkes auch über Teile und Kapitel hinaus. So kann der interessierte Leser eigene Schlussfolgerungen ziehen, einfacher Zusammenhänge erschließen und begreifen und eigene Forschungen anstellen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Warum gibt es kein Register?**
- 2. Wird ein Register nachgeliefert?**
- 3. Wenn ja, kostenlos oder zu welchem Preis?**
- 4. Wenn nein, warum nicht?**

Antwort der Verwaltung:

Nach Rücksprache mit allen Beteiligten (Kulturbüro, Kuratorium und mdv) kann der Geschäftsbereich Zentraler Service folgende Auskunft geben:

Die große Resonanz auf die „Geschichte der Stadt Halle“ zeigt, dass ein eminentes Interesse an der Stadtgeschichte besteht. Um die Benutzung des zweibändigen Geschichtsbandes kundenfreundlicher zu gestalten, wird ein Personenregister nachgearbeitet. Weder Verlag noch Herausgeber sahen zum Zeitpunkt der Erstellung der Stadtgeschichtsbände ein Defizit im fehlenden Register.

In Abstimmung mit der Stadt wird das Kuratorium dem Mitteldeutschen Verlag einen Zuschuss vom Kuratorium "1200 Jahre Halle an der Saale" in Höhe von 3.000 Euro geben. Dafür wird der Mitteldeutsche Verlag eine Broschüre im Format der Bände mit einem Personenregister erstellen.

Durch den beantragten Zuschuss, einen Verkauf der Register für 5 Euro und einer Preisanhebung des Gesamtpakets auf 60 Euro sind die Unkosten gedeckt.

Das Register wird den bisherigen Käufern der "Geschichte der Stadt Halle" zum nachträglichen Erwerb angeboten. Künftig verkaufte Exemplare werden es enthalten.

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur Vergabe von Wohnberechtigungsscheinen und der Bereitstellung von gefördertem Wohnraum
Vorlage: IV/2007/06337

1. Wie viel Anträge auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) nach § 88 d II. Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG) und § 27 des Wohnungsförderungsgesetzes (WoFG) wurden im Jahr 2006 bearbeitet?
2. Wie viel Anträge auf einen WBS wurden im Jahr 2006 positiv beschieden?
3. Wie viel geförderter Wohnraum nach § 88 d II. Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG) und § 27 des Wohnungsförderungsgesetzes (WoFG) steht in der Stadt Halle zur Verfügung?
4. Wie sieht die Verwaltung die aktuelle Notwendigkeit zur Bereitstellung von gefördertem Wohnraum nach § 88 d II. Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG) und § 27 des Wohnungsförderungsgesetzes (WoFG)?
5. Sind weitere Bauvorhaben von Wohnungen nach § 88 d II. Wohnungsbaugesetz (II. WoBauG) und dem Wohnungsförderungsgesetz in der Stadt Halle geplant?

gez. Bernhard Bönisch
Fraktionsvorsitzender

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 1.490 Anträge auf einen Wohnberechtigungsschein bearbeitet.

zu 2.

Von den 1.490 gestellten Anträgen wurden 1.087 Anträge positiv beschieden. 2 Anträge wurden abgelehnt. In 401 Fällen wurde der Antrag durch die Antragsteller zurückgezogen.

zu 3.

Gegenwärtig stehen in der Stadt Halle 10.824 geförderte Wohnungen zur Verfügung.

zu 4.

Nach Auffassung der Verwaltung ist es nach wie vor notwendig, gefördertem Wohnraum bereitzustellen, denn das Ziel der sozialen Wohnraumförderung muss es auch zukünftig sein, diejenigen zu unterstützen, die selbst nicht in der Lage sind, sich am Wohnungsmarkt angemessen versorgen zu können.

Vor dem Hintergrund der rückläufigen Zahl belegungs- und mietpreisgebundener Wohnungen und der begrenzten finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand sollten Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung künftig zielgerichtet auf Haushaltsgruppen gelenkt werden, die aus unterschiedlichen Gründen auf Unterstützung öffentlicher Stellen bei ihrer angemessenen Wohnraumversorgung angewiesen sind.

Dies sind zum einen Haushalte mit geringem Einkommen, die sich aus eigener Kraft die am Markt angebotenen, ihren Wohnbedürfnissen entsprechenden Wohnungen finanziell nicht leisten können. Zum anderen sind dies Haushalte, die auf Grund der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen oder wegen persönlicher sozialer Merkmale auf Vorbehalte bei den Vermietern stoßen.

Dieser sozialen Verantwortung hat sich in einem ersten Schritt das Land Sachsen-Anhalt gestellt. So informierte Herr Minister Daehre im Rahmen einer Beratung der AG Wohnen, Wohnumfeld und Infrastruktur im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr im Dezember 2006 darüber, dass beschlossen wurde, die Wohnberechtigungsscheine nicht abzuschaffen.

zu 5.

Im Verlauf der Beratung der AG Wohnen, Wohnumfeld und Infrastruktur im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr im Dezember 2006 informierte Herr Minister Daehre auch darüber, dass in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 insgesamt 18 Mio. Euro für die Wohnungsbauförderung bereitgestellt werden. Unter anderem sollen hiervon barrierefreie Umbauten für ältere und behinderte Bürger gefördert werden.

Darüber hinaus sollen im Jahr 2007 im Rahmen der Wohnungsbauförderung Projekte durchgeführt und realisiert werden um daraus resultierend die Orientierung für eine Förderrichtlinie ab dem Jahre 2008 zu geben.

Gegenwärtig liegen der Stadtverwaltung noch keine fundierten Kenntnisse über im Jahr 2007 geplante Bauvorhaben nach dem Wohnraumförderungsgesetz vor, da entsprechende Richtlinien noch nicht vorliegen.

Derzeit erfolgt in Verantwortung des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr eine Abstimmung mit den wohnungswirtschaftlichen Verbänden und Landtagsausschüssen zu den geplanten Förderrichtlinien 2007. Es wird jedoch nicht vor Ende April / Anfang Mai mit einer abschließenden Entscheidung gerechnet.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, bat um Ergänzung seiner Anfrage dahingehend, dass der die Anzahl der Mitarbeiter/innen, die sich mit den Vorgängen zu den WBS-Scheinen befassen, schriftlich nachgereicht bekommt.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.4 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zu Veranstaltungen in der Stadt Halle (Saale) im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft
Vorlage: IV/2007/06348**

In Leipzig und Dresden tagten im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft bereits verschiedene Runden, die bundes- und europaweit für Beachtung gesorgt haben und die Blicke der internationalen Öffentlichkeit auf die genannten Städte lenkten.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Welche Veranstaltungen (Minister-, Staatssekretärs-, Verbandstreffen etc.) werden im Laufe der EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland durch die Bundesregierung in Halle (Saale) organisiert bzw. initiiert?**
- 2. Sollten keine Veranstaltungen der o. g. Art in Halle (Saale) stattfinden, stellt die CDU-Fraktion des Stadtrats die Frage, welche Bemühungen seitens der Stadt im Vorfeld der EU-Ratspräsidentschaft unternommen wurden, um derartige Veranstaltungen nach Halle (Saale) zu holen.**

Antwort der Verwaltung:

In der Stadt Halle (Saale) finden im Mai 2007 zwei Veranstaltungen im Rahmen der EU Ratspräsidentschaft statt.

Zum einen beteiligt sich die Stadt an der Informationstour „Europa wird 50“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, des Auswärtigen Amtes, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes.

Neben Informationen rund um das Thema EU steht die Diskussion um die Zukunft Europas im Mittelpunkt. In Informationspavillons stehen den Bürgern zahlreiche Informations- und Gesprächsangebote zur Verfügung. Aktionen für Kinder und Jugendliche sorgen für einen spielerischen Zugang zum Thema Europa. Schulklassen können an einem auf sie zugeschnittenen Programm teilnehmen.

Die Tour wird vom 3. bis 4. Mai in Halle Station machen und wird gemeinsam von der Stadt und der Staatskanzlei des Landes vorbereitet.

Zum anderen findet im Zusammenhang mit der informellen Ratstagung der Regionalmitglieder am 24. und 25. Mai 2007 in Leipzig, am 23. und 24. Mai 2007 in Halle eine Sitzung der Fachkommission COTER (Fachkommission für Kohäsionspolitik) des Ausschusses der Regionen statt. Eingebunden in die Vorbereitungen sind neben der Stadt Halle (Saale) die Staatskanzlei und das isw. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung des im Rahmen der Kommissionssitzung geplanten Seminars wird eine gute Chance gesehen, Stadt und Region als interessante Partner für die weitere Entwicklung der interregionalen Kontakte darzustellen.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.5 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zur Ausgabenstruktur der Leistungen nach dem Halle-Pass
Vorlage: IV/2007/06338**

- 1. Welche Ausgaben leistete die Stadt Halle (Saale) im Jahr 2006 im Unterabschnitt 4980 - Halle-Pass? Bitte detailliert nach Einrichtungen aufschlüsseln!**

Antwort der Verwaltung:

Im Rahmen des Halle-Passes wurden im Haushaltsjahr 2006 insgesamt 543.008 € verausgabt.

Davon entfielen auf:

Ermäßigung Kinderspeisung Kita	297.116 €
Ermäßigung Schülerspeisung Hort	144.637 €
Ermäßigung Eintritt Kultureinrichtungen	22.567 €
Opernhaus	1.816 €
Thalia Theater	1.751 €
Philharmonie	439 €
Stadtbibliothek	3.217 €
Konservatorium	15.344 €
Ermäßigung Eintritt Bäder	41.321 €
Ermäßigung Eintritt Zoo	12.800 €
Behindertenfahrdienst	24.567 €

Szabados
Bürgermeisterin

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fragte nach einer detaillierten Aufschlüsselung der Kinder- und Horteinrichtungen sowie der Bäder.

Frau Bürgermeisterin Szabados schlug vor, diese kleingliedrig für die Stadtteile zu machen.

Herr Godenrath erklärte sich damit einverstanden.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage des Stadtrates Thomas Godenrath - CDU - zu den Hundesteuereinnahmen im Jahr 2006
Vorlage: IV/2007/06340**

- 1. Wie hoch waren die Hundesteuereinnahmen im Jahr 2006? Bitte getrennt nach Hunden nach § 3 I a, b, c Hundesteuersatzung aufzuführen.**
- 2. Wie viel Billigkeitsmaßnahmen nach § 13 wurden im Jahr 2006 gewährt? Bitte Billigkeitsmaßnahmen für Halter von Hunden nach § 3 III – V (gefährliche Hunde) gesondert aufzuführen.**
- 3. Bitte die aktuellen Steuerpflichtigen, die einen Hund nach § 3 III – V (gefährliche Hunde) angemeldet haben, in Datenschutz unschädlichen Altersgruppen (Bis 20 Jahre; 20 bis 30 Jahre und weiter in 10er Schritten angeben).**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Hundesteuereinnahmen für das Jahr 2006 belaufen sich auf 723.697,67 Euro, Stand 31.12.2006. Haushaltstechnisch kann nicht unterschieden werden, welche Teilbeträge auf gefährliche Hunde, Zweithunde und Ersthunde entfallen.

Statistisch wird vom Ressort Steuern die Anzahl der gehaltenen Hunde im Stadtgebiet von Halle (Saale) zum 31.12.2006 wie folgt ermittelt:

Ersthunde:	8.811	(Steuersatz: 76,69 Euro)
Zweithunde:	165	(Steuersatz: 153,39 Euro)
steuerfreie Hunde:	351	(Steuersatz: 00,00 Euro)
ermäßigte Hunde:	53	(Steuersatz: 38,35 Euro)
weiter ermäßigte Hunde:	3	(Steuersatz 76,69 Euro)
gefährliche Hunde:	129	(Steuersatz: 613,55 Euro)

zu 2.

Im Steuerjahr 2006 wurden 5 Steuerpflichtigen (Halter von gefährlichen Hunden) eine Billigkeitsmaßnahme in Form eines Teilerlasses entsprechend des § 13 - Billigkeitsmaßnahmen – der Hundesteuersatzung gewährt.

In 640 Steuerfällen wurden antragsgemäß Stundungen beschieden.

zu 3.

Zum 31.12.2006 wurden 129 gefährliche Hunde steuerlich erfasst und mit Steuerbescheid festgesetzt.

Altersgruppe bis 20:	2	Hundehalter
Altersgruppe 20-30:	85	Hundehalter
Altersgruppe ab 30:	42	Hundehalter

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.7 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der PPP-Projekte der Schulen und Kitas der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06354**

In der Novembersitzung des Stadtrates am 22.11.2006 wurde vom Stadtrat dem Beschlussvorschlag IV/2006/06083 „Zuschlag für das PPP-Projekt Schulen der Stadt Halle (Saale)“ zugestimmt. In diesem Jahr läuft die Sanierung der Schulen und Kitas an. Ich möchte von der Verwaltung wissen:

- 1. Wie hoch waren in den vergangenen 4 Jahren die Ausgaben bzw. Einstellungen in den Haushalt für die einzelnen Schulen und Kitas des PPP-Projektes?**
 - 2. Wie hoch werden die voraussichtlichen Ausgaben für die Schulen und Kitas des PPP-Projektes in den nächsten Jahren (bis 2012) sein?**
 - 3. Wie wird sich der Haushalt für den Bereich Schulen inklusive der Ausgaben für die PPP-Schulen im gleichen Zeitraum entwickeln? Wie werden sich die Ausgaben entsprechend für die Kitas entwickeln?**
 - 4. Wie werden die Mehrausgaben durch die PPP-Schulen und der PPP-Kitas im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gedeckt?**
 - 5. Ab wann werden die Schulen und Kitas des PPP-Projektes haushaltsmäßig von den anderen Schulen bzw. Kitas getrennt und wie werden sie im Haushalt zukünftig ausgewiesen?**
-

Herr Dr. Bauersfeld, Fraktion der CDU, war mit der Beantwortung der Anfrage im Monat April einverstanden.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Monat April.

**zu 8.8 Anfrage des Stadtrates Gernot Töpfer - CDU - zur Fortschreibung
des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes / Stadtumbaugebiete
Vorlage: IV/2007/06357**

Nach derzeitigem Sachstand liegt der letzte veröffentlichte Entwurf des ISEK Stadtumbaugebiete mit Stand September 2006 vor.

Ich frage daher an:

- 1. *Wie ist der derzeitige Sachstand der Fortschreibung und wie viele Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger sind hierzu bereits eingegangen, wie viele der Vorschläge konnten bisher berücksichtigt werden?***
- 2. *Wann beabsichtigt die Verwaltung, die Endfassung des ISEK Stadtumbaugebiete den zuständigen Ratsgremien zur Beschlussfassung vorzulegen?***

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Insgesamt sind 130 Stellungnahmen zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept eingegangen. Von diesen 130 Stellungnahmen kommen 21 von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, 6 von den Nachbargemeinden und 103 aus der Bürgerbeteiligung.

84 Stellungnahmen aus der Bürgerbeteiligung beziehen sich inhaltlich auf den VI. WK in Halle-Neustadt.

Die Stellungnahmen der Bürger zum VI. WK Neustadt beinhalten Unterschriftenlisten von Gewerbetreibenden (rund 60 Unterschriften), von Hausgemeinschaften (ca. 100 Unterschriften), einer Bürgerinitiative (ca. 440 Unterschriften) und einer Einrichtung für betreutes Wohnen (50 Unterschriften). Alle Unterschriftenlisten beziehen sich auf den VI. WK in Halle-Neustadt.

Zurzeit läuft die verwaltungsinterne Abstimmung der Abwägungsvorschläge. Die Bestätigung der Abwägungsvorschläge und des geänderten Konzeptes erfolgt anschließend durch den Stadtrat.

zu 2.

Die Diskussion der Abwägung und der Änderungen des Konzeptes soll im Juli 2007 in den Ausschüssen erfolgen. Im September 2007 soll der Stadtrat über das Konzept befinden.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage des Stadtrates Dietmar Weihrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zu Unfallschwerpunkten im Stadtgebiet von Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06350**

In den letzten Jahren sind in der Stadt Halle (Saale) Unfallschwerpunkte im Stadtgebiet (z.B. Riebeckplatz, Frankeplatz) zum Teil mit erheblichem Finanzaufwand reduziert worden. Ich frage die Stadtverwaltung:

- 1. Wie viele Personen wurden bei den im Jahr 2006 im Stadtgebiet von Halle (Saale) registrierten Verkehrsunfällen verletzt oder getötet? Bitte nach Art der Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Radfahrer, Bus, Straßenbahn, Pkw, Lkw) und der Schwere der Verletzung auflgliedern.**
- 2. Wie viele dieser Unfälle sind als alkoholbedingt einzustufen?**
- 3. Bei wie vielen Unfällen waren Fußgänger oder Radfahrer die Verursacher?**
- 4. Welche Bereiche in Halle (Saale) stellen aus Sicht der Stadtverwaltung (ggf. in Zusammenarbeit mit der Polizei) weiterhin Unfallschwerpunkte dar?**
- 5. Gibt es Unfallschwerpunkte, die insbesondere für Fahrradfahrer oder Fußgänger eine besondere Gefährdung darstellen? Wenn ja, welche?**
- 6. In welchem Umfang, in welchem Zeitraum und mit welchen Mitteln können diese Unfallschwerpunkte reduziert werden?**

Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung der Anfrage wurde zwischen den Mitgliedern der Verkehrsunfallkommission der Stadt Halle (Saale), der Polizeidirektion Halle und der Stadtverwaltung Halle abgestimmt.

zu 1.

Im Jahr 2006 wurden in der Stadt Halle 8.449 Verkehrsunfälle registriert. Bei 999 von diesen 8.449 Unfällen entstand Personenschaden. Dabei wurden insgesamt 4 Personen getötet, 176 Personen schwer und 995 Personen leicht verletzt.

An den 8.449 Verkehrsunfällen waren verschiedene Verkehrsteilnehmerarten beteiligt. Zu den Unfallverursachern gehören Haupt- und Mitverursacher.

Art d. Verkehrsbeteiligung	Anzahl d. Beteiligten	davon Verursacher
PKW	13.283	6.274
LKW	1.425	993
Kräder	122	58
Busse	71	30
Zugmaschine	6	4
Mofa	77	38
Radfahrer	574	369
Fußgänger	212	108
Straßenbahn	124	22
sonstige	761	735

Eine Aufgliederung der Personenschäden auf die Art der Verkehrsteilnehmer kann mit den derzeit genutzten Computerprogrammen nicht vorgenommen werden. Diese Aufgliederung erfolgt gegenwärtig nur für die Unfallschwerpunkte oder in Vorbereitung von

verkehrsorganisatorischen Maßnahmen durch manuelle Auszählung auf Grundlage der vorliegenden Unfallprotokolle.

zu 2.

Im Jahr 2006 wurde bei 203 Verkehrsunfällen jeweils bei mindestens einem Beteiligten eine alkoholische Beeinflussung festgestellt. In 72 von diesen 203 Unfällen ist Personenschaden entstanden.

zu 3.

siehe Tabelle **zu 1.**

zu 4.

Entsprechend dem gem. RdErl. des MI und MWV vom 01. Januar 1996 zu Verkehrsunfallkommissionen wird eine Unfallstelle u. a. dann als Unfallschwerpunkt geführt, wenn sich innerhalb eines Kalenderjahres an einem Verkehrsknotenpunkt oder an einem Straßenabschnitt bis 200 m Länge innerhalb geschlossener Ortschaften zwei Unfälle des gleichen Unfalltyps mit schwerem Personenschaden ereignen.

Die gemäß diesem Runderlass ermittelten Unfallschwerpunkte werden in der Verkehrsunfallkommission der Stadt Halle analysiert. Im Ergebnis der Bearbeitung in der Verkehrsunfallkommission werden verkehrsorganisatorische, bauliche oder verkehrserzieherische Maßnahmen festgelegt, um die Unfallschwerpunkte zu entschärfen.

Zurzeit werden folgende Schwerpunkte in der Verkehrsunfallkommission bearbeitet:

- Heidealle/Ernst-Grube-Straße
- Paul-Suhr-Str./Murmansker Str./Amsterdamer Str.
- Paul-Suhr-Straße/Moskauer Straße
- Paul-Suhr-Str./Kaufland (hintere Zufahrt)
- Volkmannstraße (zw. Riebeckplatz und Halberstädter Str.) i. Richtung Wasserturm
- Leipziger Chaussee/Alte Schmiede
- Paracelsusstraße/Auffahrt Dessauer Straße
- Eislebener Chaussee/Teutschenthaler Landstraße
- Rennbahnkreuz I/Straßenbahnüberfahrt Gimritzer Damm
- Kröllwitzer Straße/Talstraße
- Landrain/Unterer Galgenbergweg
- Hallorenring/Talamtstr. (Radfahrunfälle)
- Ludwig-Wucherer-Str./Willy-Lohmann-Str. (Radfahrunfälle)
- Delitzscher Str./Grenzstr.
- Nordstr./Waldstr.
- Riebeckplatz Höhe Einfahrt Magdeburger Str.

Bei 12 dieser Schwerpunkte wurden bereits Maßnahmen zur Entschärfung realisiert bzw. steht die Realisierung der Maßnahmen unmittelbar bevor. Der Zeitraum der "Nachbeobachtung" zur Beurteilung der Wirksamkeit der Maßnahmen beträgt ein Jahr. So lange gilt der jeweilige Standort noch als Unfallschwerpunkt.

Neu aufgenommen als Unfallschwerpunkte werden ab März 2007 die Unfallstellen:

- Delitzscher Str. Ausfahrt Netto
- An der Feuerwache/Richard-Paulick-Str.

Weitere Strecken und Punkte werden beobachtet. Dazu gehören u. a.:

- An der Magistrale/Ausfahrten Neustädter Passage
- An der Magistrale Fußgängerquerungen der Straßenbahn (z.B. Zentrum Neustadt)

zu 5.

An den folgenden Unfallhäufungsstellen sind u. a. auch Radfahrer gefährdet:

1. Paul-Suhr-Str./Murmansker Str./Amsterdamer Str.
2. Paul-Suhr-Str./Kaufland (hintere Zufahrt)
3. Kröllwitzer Straße/Talstraße
4. Hallorenring/Talamtstr.
5. Ludwig-Wucherer-Str./Willy-Lohmann-Str.

Bei den Unfallstellen Paul-Suhr-Straße/Murmansker Straße/Amsterdamer Straße und Hallorenring/Talamtstraße entstehen die Gefahren hauptsächlich durch verkehrswidrig fahrende Radfahrer. Deshalb wurden hier die Verkehrskontrollen intensiviert.

Die Unfallstelle Paul-Suhr-Straße/Kaufland ist durch Maßnahmen bereits entschärft worden, muss aber noch beobachtet werden.

An der Entschärfung der Unfallstellen Kröllwitzer Straße/Talstraße und Ludwig-Wucherer-Str./Willy-Lohmann-Straße wird noch gearbeitet, wobei bei Letzterer bereits in kurzer Zeit mit Verbesserungen durch zusätzliche Markierungen zu rechnen ist.

Bei weiteren Stellen, an welchen vermehrt Radfahrunfälle auftreten, handelt es sich um:

- Joliot-Curie-Platz
- nördliche Burgstr.
- Große Steinstr.
- Bernburger Str.

Diese Unfallstellen sind keine Unfallschwerpunkte gemäß dem Runderlass. Sie werden beobachtet und mögliche Maßnahmen, z. B. die Freigabe des Radverkehrs in der Großen Steinstraße in beide Richtungen und die Freigabe des überbreiten Gehweges am Joliot-Curie-Platz für Radfahrer, werden diskutiert.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Radfahrunfälle auf das gesamte Stadtgebiet verteilen. Bedenklich ist, dass ca. 2/3 aller Unfälle mit Radfahrereteiligung durch Radfahrer verursacht oder mit verursacht werden. Hauptursache ist dabei das Fahren auf dem Radweg entgegen der erlaubten Fahrtrichtung.

Eine spezielle Unfallhäufungsstelle für Fußgänger ist in Halle nicht existent. Die Gefährdungsstellen An der Magistrale/Straßenbahnquerungen werden beobachtet. Informationskampagnen und auch Verkehrskontrollen zum vorschriftsmäßigen Verhalten an diesen Bereichen wurden bereits mehrfach durchgeführt.

zu 6.

Zur Entschärfung der Unfallschwerpunkte werden nach Analyse der Verkehrsunfälle mögliche Maßnahmen festgelegt. Verkehrsorganisatorische und kleinere bauliche Maßnahmen, z. B. die Anordnung von Verkehrszeichen oder Markierungen, die Änderung von Verkehrsführungen, Bordabsenkungen oder die Einengung von überbreiten Fahrbahnen durch Recyclingborde bzw. –inseln, werden regelmäßig kurzfristig realisiert. Kostenintensive Maßnahmen, wie umfangreichere bauliche Maßnahmen oder die Installation von Lichtsignalanlagen, müssen in die jeweiligen Prioritätenlisten Verkehr eingeordnet werden. Die Maßnahmen zur Entschärfung der Unfallstellen Hallorenring/Talamtstraße und Ludwig-Wucherer-Straße/Willy-Lohmann-Straße werden durch Mittel aus dem Verwaltungshaushalt finanziert.

Die Entschärfung der Unfallhäufungsstelle Kröllwitzer Str./Talstr. gestaltet sich aufgrund des fehlenden Platzes sehr schwierig. Zurzeit werden verschiedene Varianten erarbeitet. Zu den voraussichtlichen Kosten kann deshalb noch keine Aussage getroffen werden.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Misch, Fraktion der CDU, nahm Bezug auf den gefassten Beschluss zur Aktion „Sozialer Tag 2007“ und erläuterte, dass auf einem Plakat im öffentlichen Verkehrsraum auf eine Veranstaltung im Sandberg 10 mit folgenden Wortlaut hingewiesen werde: „Wettsaufen bis der Arzt kommt“. Er fragte, was die Stadt Halle, im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung unternehmen wird, um gegen solche Erscheinungen vorzugehen.

Frau Bürgermeisterin Szabados bestätigte, dass städtische Mitarbeiter/innen solche Vorkommnisse weiterleiten müssen. Die Hinweise von Herrn Misch wurden bereits im Jugendamt aufgenommen. Die Drogenbeauftragte und das Ordnungsamt wurden beauftragt, sich darum zu kümmern. Der Jugendhilfeausschuss werde darüber informiert.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, äußerte, dass der gesetzliche Tatbestand betreffend der Art der Plakate geprüft wurde. Es gäbe keine rechtliche Handhabe, da die Plakate auf den Flächen der DSM angebracht wurden. In stattgefundenen Gesprächen mit der Firma Ströhr, DSM, wurde sich darüber verständigt, dass bei derartigen Anträgen zukünftig auf die inhaltliche Darstellung der Plakate zu achten ist.

Herr Misch übergab **Herrn Doege** das Foto, auf dem das Plakat unter einem Verkehrsschild abgebildet ist. Demzufolge könne die Stadt eine Ordnungswidrigkeit verfolgen.

Herr Geuther, Fraktion der CDU, fragte, wann die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Vorgänge im Philharmonischen Staatsorchester den Stadträten zur Kenntnis gegeben werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dies werde unverzüglich geschehen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte in Bezug auf die Altersteilzeit, ob die Verträge auf der Basis von 40 oder 33 Wochenstunden abgeschlossen werden sollen. Tarifliche Veränderungen der Arbeitszeit würden für die Mitarbeiter/innen, die sich für die Altersteilzeit entschieden haben, eine neue Grundlage ergeben und sei Grund dafür, den Altersteilzeitvertrag nicht zu unterschreiben. Er fragte, ob die betreffenden Mitarbeiter/innen den Vertrauensschutz über die 40 Stunden erhalten.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Erklärungsfrist am gestrigen Tag für die Mitarbeiter/innen um einen Monat, d. h. bis zum 30. April 2007 verlängert wurde, da ein gewisses Risiko vorhanden sei und die Berechnungen nochmals intensiv vorgenommen werden müssen.

Herr Dr. Meerheim bat um eine Sachstandsinformation in der nächsten Sitzung des Stadtrates.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte eine Information zu.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU fragte, was das für 184 Stellen sind, nach denen sich **Frau Weiß** in der letzten Sitzung des Stadtrates erkundigt habe.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, antwortete, Frau Weiß wurden insgesamt alle Teilzeitverträge dargestellt. Bei den 184 Stellen handelt es sich nur um die Verträge, die

im November 2006 abgeschlossen wurden und eine Erklärungsfrist bis Ende April 2007 haben.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, fragte, ob die Verwaltungsmitarbeiter des Konservatoriums auch auf 33 Stunden herabgesetzt werden. Weiter fragte sie nach dem Stand der Ausschreibung der Stelle des Orchesterdirektors.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass eine Diskussion zu den 33 Stunden im Moment nicht relevant sei. Betrachte man aber die Fachkonzepte und die demographische Entwicklung, sei das die Ziellinie. Zum Jahresende laufen die Tarifverträge aus und bis dahin muss eine Regelung da sein. Die Ausschreibung der Stelle des Orchesterdirektors ist noch nicht erfolgt. Bereits laufen Organisationsuntersuchungen, sie sollten abgewartet werden, zumal bis zum Ende der Spielzeit ein Orchesterdirektor zur Verfügung stehe.

Herr Dr. Meerheim fragte nach dem finanziellen Stand der ABI-Fete auf der Peißnitzinsel.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass ihr auf Nachfrage durch die Verantwortlichen gesagt wurde, dass dies geklärt sei.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte den Vorsitzenden des Stadtrates und die Stadtverwaltung, wie sie gedenken mit einem Stadtrat umzugehen, der öffentlich zum Terrorismus aufgerufen habe. Hierzu übergab er ein Schriftstück an **Herrn Bartl**.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, sagte eine Prüfung und eine Mitteilung im nächsten Stadtrat zu.

Herr Schiller, Fraktion Die Linkspartei. PDS, bezog sich auf den TOP 8.9 betreffend der Unfallschwerpunkte in Halle und fragte, ob nicht im Stadtteil Halle/Silberhöhe, südlich der Karlsruher Allee, die Ampelkreuzungen (zur Kästnerstraße und zum Brechtweg) und Fußgängerschutzüberwege (zur Kästnerstraße und zur Erich-Weinert-Straße) aufgehoben werden könnten, da diese kaum von Bürgern frequentiert werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte eine Prüfung zu.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, ob es so sei, dass Fördermittel aus verschiedenen Bereichen auch in verschiedene Bereiche übergreifen können. Sie fragte, seit wann dies möglich sei. Wenn Soziales und Kultur zusammenfallen, könne die Summe gesplittet und die zukünftige Verteilung geprüft werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass die städtischen Mittel Ziel führend eingesetzt werden. Die existierenden unterschiedlichen Förderrichtlinien geben die Möglichkeit, in den Bewilligungsbescheiden genau die geförderten Maßnahmen zu beschreiben.

Herr Krause, Fraktion der SPD, bat um eine schriftliche Information zu den überplanmäßigen Ausgaben im Multi-Media-Zentrum (MMZ). Er fragte nach den Ursachen und wer dafür verantwortlich sei, welcher Schaden für die Stadt entstanden sei und welche Konsequenzen daraus gezogen werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Sie verwies aber darauf, dass das MMZ eine GmbH sei und aus allen Fraktionen Stadträtinnen und Stadträte im Aufsichtsrat sitzen. Diesen Stadträten obliege in erster Linie die Prüfverpflichtung.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, wies darauf hin, dass es in letzter Zeit Attacken gegen das MMZ gab. Er bat die Stadträte um Unterstützung, damit es nicht weiter in Verruf gebracht werde. Die seit 2004 tätige Geschäftsführerin leiste eine hervorragende Arbeit, um die Defizite, die schon bei der Standortwahl des Projektes entstanden sind, auszugleichen.

Ein Schaden für die Stadt entstehe nicht, weil der Fördermittelgeber diese Mehrkosten anerkannt hat und mit dem 10. Änderungsbescheid die Mehrkosten als Fördermittel übernimmt. Das Projekt werde am 1. Juni 2007 abgeschlossen sein.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte, wann die frei werdende Stelle des Beigeordneten ausgeschrieben wird.

Frau Bürgermeisterin Szabados äußerte, sie werde diese Frage zu ihrem Amtsantritt beantworten.

Rechtlich zähle ab dem 1. Mai 2007 eine Frist, wann die Stelle zu besetzen ist. Sie werde dies ordnungsgemäß durchführen. Zur Diskussion hierzu sei sie in den Fraktionen bereit.

Herr Wolter fragte weiter, wieso Herr Dr. Marquardt in der Presse veröffentlichte, dass für das Orchester eine Stellenreduzierung geplant sei. Dies sei nicht Beschlusslage und welche politischen Hintergründe gibt es dazu.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Hintergründe in der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung liegen. Herr Dr. Marquardt habe darauf hingewiesen, dass es noch keine Beschlusslage des Rates gibt. Die Stadträte wurden darüber informiert, dass die Stadt die dringende Aufforderung vom Landesverwaltungsamt hat, bis Ende April eine schlüssige, mittelfristige Finanzplanung und eine Konsolidierungsplanung vorzulegen. Die Verwaltung habe deshalb die Verpflichtung, Vorüberlegungen anzustellen.

Herr Wolter fragte, wann er als Stadtrat die Möglichkeit habe, seine politische Auffassung kund zu tun und in die Beschlussfassung zu bringen.

Frau Bürgermeisterin Szabados bat **Herrn Beigeordneten Geier** zur Terminplanung betreffend der Einbringung des Haushaltes 2007, der Einbringung des Konsolidierungsplanes und der mittelfristigen Finanzplanung Auskunft zu geben.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, antwortete, dass die Terminkette jeder Fraktion zugegangen sei. Im Rahmen der Anordnung des Landesverwaltungsamtes gab es die Überlegung, wie im Bereich der Staatskapelle weiter vorgegangen werde, darzustellen. Dies stand heute in der Presse. Vorüberlegungen gibt es, weil bei der Staatskapelle Haustarifverträge für den jetzigen Umfang des Klangkörpers bestehen. Diese haben eine Laufzeit bis 31.08.2009. Strukturell könnte dort inhaltlich über weitere mögliche Konsolidierungsmaßnahmen diskutiert werden. Zurzeit geht es um eine Beanspruchung der entsprechenden Vorbereitungs- bzw. Vorlaufzeit. In der mittelfristigen Finanzplanung ist eine Überarbeitung vorzunehmen, da durch das Konsolidierungskonzept ein Beitrag aus dem Kulturbereich in Höhe von 5 Mio. Euro strukturell beschlossen ist. Hier ist auch ein Abgleich zu führen, welche Teile zu welchem Zeitpunkt berücksichtigt bzw. ob auch bestimmte Anteile einer möglichen, weiteren Reduzierung bei der Staatskapelle außerhalb dieser 5 Mio. Euro abzubilden sind. Diese stehen im Zusammenhang mit dem Haushalt 2007 und werden im Zusammenhang mit der Vorlage des Landesverwaltungsamt zu diskutieren sein. Ergänzend teilte Herr Geier mit, dass nach dem 3. April die Ergänzungsblätter zum Haushalt 2007 Fortschreibung der Planansätze, weitere strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen und die Finanzplanung zum Haushalt 2007 verteilt werden.

Die IST-Zahlen für 2006 sind am 30.06.2007 entsprechend des Stichtages lt. GO LSA fertig.

Frau Wolff informierte, dass zur Haushaltskonsolidierung noch ein Antrag gestellt werde, da noch viele Punkte offen seien.

Herr Prof. Ehrler, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, fragte, wie man bei dem Orchester auf die Verminderung auf 105 Personen gekommen sei.

Frau Bürgermeisterin Szabados äußerte, dass die Verwaltung sich zurzeit in einem Diskussionsprozess befindet, in dem auch der Kulturausschuss eingebunden sei und mitentscheiden werde.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, bemerkte, dass **Herr Dr. Marquardt** im öffentlichen Teil des Kulturausschusses äußerte, dass die Verwaltung 105 Orchesterm Mitglieder anstrebe. Diese Aussage könne nicht mehr zurückgenommen werden.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass die Verwaltung verpflichtet sei, dem Stadtrat Überlegungen / Vorschläge zu machen. Im Endeffekt entscheide aber der Stadtrat. Sie habe die Information erhalten, dass die interkulturelle Arbeitsgruppe, welche auch mit Mitgliedern der Fraktionen besetzt wurde, einberufen sei und bereits getagt habe.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fragte, was das Jugendamt in Zusammenarbeit mit der Polizei unternehmen werde, um dem freien Herumlaufen von fünf Hunden der „Jugendlichen am „Händel-Denkmal“ Einhalt zu gebieten.

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, fragte zu den Markthändlern im Rahmen des Ostermarktes auf dem Markt. Müssen die Händler ausweichen und dies den Verlust der Einnahmen bedeute.

Weiterhin bat er um Information zur Verpachtung der Freibäder.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, dass der Ostermarkt nicht durch die Stadt organisiert und durchgeführt wird. Momentan könne er nicht beantworten, ob davon der Markthandel betroffen sei, weil der Ostermarkt sich schwerpunktmäßig auf den Samstag und den Sonntag bezieht. Hierzu werde er noch eine Antwort geben.

Zur Verpachtung der Freibäder sagte er, dass die Verwaltung beabsichtige, Sportanlagen und Bäder in private Nutzung in Form eines Pachtvertrages zu geben. So wurde auch für das Heidebad ein Pachtvertrag von vorerst einem Jahr abgeschlossen. Die anderen Bäder, mit Ausnahme der Robert-Koch-Schwimmhalle, seien Gegenstand der Verhandlungen zur Übernahme durch einen Privatbetreiber.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Information zum Arbeitsmarktprogramm 2007 der ARGE SGB II Halle GmbH

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, entschuldigte sich in aller Form für sein Verhalten gegenüber Frau Ewert in der letzten Sitzung des Stadtrates.

Frau Ewert, Fraktion der SPD, nahm die Entschuldigung an.

zu 11 Anträge auf Akteneinsicht

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, teilte mit, dass Frau Heidrun Tannenberg sich heute aus dem Stadtrat verabschiedet und aus beruflichen Gründen ihr Mandat niederlegt.

Herr Bartl, Frau Bürgermeisterin Szabados und Herr Dr. Meerheim dankten Frau Tannenberg für ihr engagiertes Mittun im Stadtrat.

Frau Tannenberg verabschiedete sich bei allen Anwesenden und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates beendete die 31. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Dagmar Szabados
Bürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin